

Rede v. Egon Schewe zum 1. Mai 2022 in der Werretalhalle Löhne

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich freue mich heute über zwei Dinge:

1. Dass wir wieder leibhaftig zur Feier des Tages der Rechte der Arbeitenden zusammenkommen dürfen. Letztes Jahr waren wir ja noch wegen Corona zu einer rein digitalen Veranstaltung gezwungen, die aber immer noch besser war als gar keine Veranstaltung wie im Jahr zuvor 2020.
2. freue ich mich darüber, dass der DGB mich für die diesjährige Mai-Rede ausgewählt und berufen hat, was ich für einen dankenswerten Ausdruck von Vertrauen und Verbundenheit halte, und ich hoffe nur, dass dieser Vorschuss (der ja in dieser Entscheidung immer steckt) nicht ungerechtfertigt bleibt. Aber das, liebe Kolleginnen, mögt ihr am Ende besser für euch selbst entscheiden. --

In diesem Jahr steht der 1. Mai vor besonderen Bedingungen und Herausforderungen:

Denn zu den alten, bestehenden sozialpolitischen Problemen treten dieses Jahr erstmalig neue, sehr gefährliche, Probleme.

Beginnen wir mit den neuesten und dabei gefahrvolleren Problemen zum diesjährigen 1. Mai 2022:

Der Krieg in der Ukraine

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

Nach Eduard Schewardnadses und Michail Gorbatschows ehrlich gemeinter, hoffnungsvoller Zusicherung „Der kalte Krieg war der letzte in Europa“, die sie in 1990 zum Ausdruck brachten, folgte bereits 2014 mit der russischen Besetzung der Krim ein erster schwerer Zweifel gegen diese optimistische Überzeugung von Gorbatschow. – Spätestens jetzt aber kam eine völlig andere, bittere historische Erfahrung und neue endgültige Enttäuschung:

Denn seit dem 24.2.22 ist **wieder Krieg** in der Ukraine und in Europa! Damit ereignet sich wieder ein ultranationalistisch motivierterer und hoch bewaffneter Überfall auf die Ukraine, den immerhin nach Fläche zweitgrößten souveränen Staat in Europa! (Der letzte Überfall dieser Art ging ja von Deutschland vor 81 Jahren aus!!)

Klar gesprochen gibt es weder für damals noch für heute eine sinnvolle Erklärung, eine gültige Begründung, noch gibt es irgendeine Rechtfertigung und Entschuldigung für diesen grausamen Bruch von Völker- und Menschenrechten und der Selbstbestimmung der Nationen!

Gerade wir Deutschen haben dabei klar erkennen und bekennen müssen, was ein solches massenhaftes Verbrechen auch an menschlichem Elend bedeutet. Schließlich waren es doch wir Deutschen, die mit der Wehrmacht zwischen Juni und September 1941 die Ukraine überfallen, unterjocht und bis aufs Letzte ausgepresst haben. Mindestens vier Mio Ukrainer verloren dabei ihr Leben, mindestens 2 Mio gerieten in rechtlose Sklavenarbeit in Deutschland und auch bei uns in Löhne!!. Damals regierte tatsächlich jener Völkermord in der Ukraine, der heute von Putin rechtfertigend vorgetäuscht wird: Die 33.000 von der SS und Wehrmacht ermordeten ukrainischen Juden in der Schlucht von Babin Yar waren erst ein grausamer Anfang mit dem furchtbaren Endpunkt im industriell perfektionierten Menschen-Vernichtungslager Auschwitz.

Dass die Ukraine jetzt erneut und dieses Mal vom sog. „Brudervolk“ der russischen Föderation unter Wladimir Putin, der sich immer mehr vom Autokraten zum Diktator entwickelt, überfallen wird und im Süden, entlang der Schwarzmeerküste mit den wichtigen Häfen und dazu noch im Osten mit den Industriezentren der Ukraine, dauerhaft besetzt werden und damit auf jeden Fall als souveräne, wirtschaftlich überlebensfähige Nation ausgelöscht werden soll, - ja das alles, liebe Kolleginnen und Kollegen, das lag bis vor kurzem weit hinter meiner historischen Vorstellungskraft. - Denn damit ist nicht nur der kalte, sondern nun auch der heißeste Krieg nicht mehr nur Geschichte, sondern er ist dort wieder nach 80 Jahren mit seinem schrecklichen Gesicht zurückgekehrt.

Und liebe KollegInnen: Hinzu kommen nun auch ganz neue Formen der Brutalität mit dem dieser Krieg kalkuliert und geführt wird: Die Ukraine ist nämlich einer der wichtigsten Versorger und Exporteure von Weizen und Brotgetreide in der Welt. Viele Staaten wie zum Beispiel der Libanon beziehen ihr Brotgetreide zu mehr als 90% aus Lieferungen aus der Ukraine. Aber dort sind die Speicher und Silos voll, und ihre sehnsüchtig erwarteten Inhalte können nicht mehr auf die Schiffe in den Häfen des Südens am Schwarzen und Asowschen Meer verladen werden, weil russische Truppen und ihre Waffen dieses völlig unsicher machen und verhindern.

Volle Speicher, deren Inhalte dauerhaft zu verrotten drohen, auf der einen Seite – sowie zunächst hungernde und später auch verhungerte Menschen auf der anderen Seite. – Hier zeigt sich eine neue, grausame Erscheinungsform dieses Krieges, der den Export von Getreide unmöglich macht und dafür den Hunger (nicht nur in den Libanon, sondern auch in weite Teile der bedürftigsten Welt) exportiert. Das wird hier als folgenschwere Waffe eingesetzt. Denn die sozialen

Verwerfungen, die Hungerrevolten, die dem Brotmangel mit Sicherheit folgen werden, ziehen schwere Destabilisierungen bis hin zum völligen Zusammenbruch von armen Staaten mit noch schlimmeren Versorgungskrisen nach sich. – Ich bin sicher, auch diese katastrophalen Szenarien sind in der russischen Generalität gewollt und als Kriegsziele definiert. Menschenleben, die dabei durch Hunger und Bürgerkriege massenhaft verloren gehen, spielen bei diesen perfiden strategischen Überlegungen wohl kaum eine Rolle!! – Das ist bereits dieselbe Konsequenz, die wir aus den Kriegen in Syrien oder in Libyen ziehen mussten, wobei hier nicht nur die Russen tödliche Wirkungen verursacht haben. Hier war auch die westliche Supermacht stark beteiligt.

Aber zurück zur Ukraine: Gerade wir Deutschen sind historisch aufgerufen, eine hohe, internationale Verantwortung und Verpflichtung zur unbedingten humanitären Unterstützung für dieses gequälte Volk zu zeigen, - beginnend bei Kleidung, Nahrung, Medikamenten über umfangreiche wirtschaftliche Hilfen bis hin zur offenen, menschenwürdigen Aufnahme von inzwischen Millionen an Flüchtlingen, die wieder in Zahlen wie nach dem letzten Weltkrieg, jetzt aber allein aus der Ukraine, vorliegen.

Das und auch ein mit den Verbündeten abgestimmtes Maß an div. Waffenlieferungen ist daher für Deutschland und seinen besonnenen Kanzler eine Konsequenz aus europäischer Solidarität einerseits und auch aus unserer ganz speziellen historischen Verantwortung für die Ukraine andererseits.

Aber, liebe KollegInnen, wir lassen uns nicht von militärischen Scharfmachern in eine hemmungslos nach oben gerichtete Rüstungsspirale treiben, die den bisherigen Krieg nur zu leicht in eine tödliche, atomare Eskalation drängen können - nicht von Frau Strack-Zimmermann, nicht von Herrn Hofreiter, nicht von Friedrich Merz und schon gar nicht von Botschafter Melnyk.

Deshalb fanden gleich seit dem 24. Februar weltweit fast täglich große Friedenskundgebungen statt, – auch hier bei uns in Löhne am 4.3.22, und viele von euch sind ja auch dabei gewesen. – Auch der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften verurteilen die kriegerische Aggression Russlands auf die Ukraine als beispiellosen Angriff auf die europäische Friedensordnung auf das Schärfste. Seine Hauptleidtragenden sind die Zivilbevölkerung und viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Mit ihnen allen fordern wir die russische Regierung auf (wenn es dort noch so etwas mit Bedeutung gibt und nicht von Putins 6-Meter-Tisch ins Abseits gestellt wurde?) – wir fordern also auf, diese Kämpfe sofort zu beenden und einem Waffenstillstand zuzustimmen. Jede weitere Eskalation im Krieg muss verhindert werden und die territoriale Integrität der Ukraine muss durch den Rückzug der russischen Truppen wiederhergestellt werden. Es bleibt uns leider nur dieser

Appell an Putin und seine Generalität: Beenden Sie diesen Krieg! Lassen sie endlich die Waffen schweigen!

Trotz aller aktuellen Ereignisse bleibt es aber bei unserem kritischen Nein zur Aufrüstung! Die dauerhafte Aufstockung des Rüstungshaushalts zur Erfüllung des Zwei-Prozent-Ziels der NATO wird vom DGB und seinen Mitgliedsgewerkschaften weiterhin sehr kritisch beurteilt. Die dringend erforderlichen Zukunftsinvestitionen in die sozial-ökologische Transformation und in die Leistungsfähigkeit unseres Sozialstaates müssen vorrangig sichergestellt bleiben. Denn keine militärische Friedenssicherung darf zulasten des sozialen Friedens erkaufte werden!

Mehr als 10 Millionen Menschen sind aus und innerhalb der Ukraine bereits auf der Flucht. Gegenüber der beschämenden Politik und dem Verhalten großer Teile Europas in den Fluchtbewegungen von 2015 ist es jetzt jedoch ermutigend, wie solidarisch sich auch unsere osteuropäischen Nachbarn von der ersten Stunde an zeigten. Es ist auch ermutigend, dass sich die Europäische Union – anders als in 2015 - geschlossen dafür einsetzt, die Grenzen für Geflüchtete offenzuhalten. Denn unsere Verantwortung endet nicht an den Grenzen der Europäischen Union.

Nun muss die Integration von Geflüchteten in den deutschen Arbeitsmarkt rasch organisiert werden. Die Gewerkschaften müssen gemeinsam mit Betriebs- und Personalräten dafür sorgen, dass sie ordentliche Jobs bekommen und nicht als billige Arbeitskräfte ausgebeutet und missbraucht werden. Die geschmacklosen Anwerbeversuche von Herrn Tönnies gleich an der polnisch-ukrainischen Grenze lassen da einiges an sehr fragwürdigen Absichten im Umgang mit unerfahrenen, frischen Arbeitskräften auf der Seite des Kapitals befürchten.

Der DGB und seine Gewerkschaften unterstützen die Sanktionen gegenüber dem russischen Aggressor. – Hierbei zeigt sich jedoch ein grundlegendes Problem: Diese Sanktionen sollen zwar Putins Kriegswirtschaft treffen, aber werden wohl die gesamte russische Wirtschaft und vor allem die russische Bevölkerung und Arbeitnehmerschaft in Mitleidenschaft ziehen. Denn nicht die verantwortliche Kreml-Oberschicht, nicht die Generalität und schon gar nicht die jetzt so oft besprochenen „Oligarchen“ werden die Auswirkungen unserer Sanktionen am stärksten spüren! Denn diese werden die untere Mehrheit der Russischen Nation in ihrem ohnehin schon kargen Leben bitter und schmerzvoll einschränken. – Das ist ein höchst leidvoller aber auch ein unauflösbarer Konflikt, der hier medial wenig wahrgenommen und sehr gern auch übersehen wird. Zudem wird er Putins höchst einseitiger Informationspolitik und rigoroser Propaganda nach in-

nen sehr nützen und ihn politisch womöglich noch stärken. Es steht zu befürchten, dass wir im Westen mit den Schlägen unserer Strafmaßnahmen nur den Sack treffen, aber nicht den Esel, den wir darunter wirklich treffen wollten. – Ach, liebe KollegInnen, das wirklich, wirklich Schlimme daran ist, dass wir über keine beruhigend wirksame polit-ökonomische Strategie verfügen, die dieses fatale Problem zufriedenstellend auflösen könnte.

Und ganz nebenbei: Die nachteiligen Folgen unserer Sanktionen werden aber auch an uns nicht vorübergehen. Neben gestörten Lieferketten erweist sich vor allem die hohe Abhängigkeit Deutschlands von russischen Erdgas-, Kohle- und Erdölimporten als problematisch. Aber vergessen wir eines nicht:

Wir alle, in Wirtschaft und Politik, haben diese kostengünstigen Importe gewollt und über lange Jahre unseren Nutzen davon gehabt. Dass jetzt einige in Politik und auch Medien sich heute gern besserwisserisch als unbeteiligt in die Büsche schlagen und aktuelle politische Vorteile aus ihren Angriffen (gegen Merkel, Steinmeier, Gabriel oder wer weiß, gegen wen sonst noch) ziehen wollen, - das alles, liebe KollegInnen, ist heuchlerisch, widerlich und „unanständig“, wie es der verstorbene Altbundeskanzler Helmut Schmidt gern zu sagen pflegte, wenn er seine tiefe Abscheu zum Ausdruck bringen wollte.

Ich will in diesem Zusammenhang auch gar nicht weiter über einen dritten Altbundeskanzler reden, der jetzt häufig wie ein Tanzbär durch die Medien getrieben wird. Mit ihm müssen wir uns (**hier jedenfalls**) wirklich nicht näher beschäftigen, denn er hat sich längst selbst ins Abseits gestellt und politisch völlig demontiert. Nun kann ja Jeder zweifelhafte Freundschaften pflegen, wie er will. Der Skandal an Gerhard Schröder liegt in Wahrheit auch nicht an dem, was er mit Putin oder Gazprom in einer übrigens nicht verbotenen Weise getan hat, sondern der Skandal, liebe KollegInnen, liegt doch genau darin, dass genau solche Verbindungen und Verträge, wie sie Schröder immer noch bedient, nicht per Gesetz für hohe Politiker und ehemalige Regierungsmitglieder verboten wurden, als es noch Zeit war. Es war doch eine fragwürdige Mehrheit von Abgeordneten im Bundestag, die solche wirtschaftlichen Beziehungen selbst gern an anderen Stellen genutzt und deshalb keine Interessen an einem gesetzlichen Verbot hat. Liebe KollegInnen, ihr **wisst man** selbst am besten, aus welcher politischen Ecke des Bundestages die Abgeordneten am ehesten kommen, die solche moralischen Beschränkungen und Regulierungen am meisten hassen.

Unser Problem liegt im Kern also wirklich nicht beim Altbundeskanzler. Worum es jetzt vielmehr geht, ist doch, diese Abhängigkeiten von russischen Energieimporten deutlich zu reduzieren. Es ist notwendig, dass die neue Bundesregierung die energiepolitischen Rahmenbedingungen neu ordnet und alle Optionen für eine verlässliche Energieversorgung prüft. Gleichzeitig sehen der DGB und

seine Mitgliedsgewerkschaften die Bundesregierung in der Pflicht, umgehend dafür zu sorgen, dass der erwartbare Anstieg der Energiepreise sozial abgefedert wird. Die Energiekosten müssen auch für Unternehmen, insbesondere der energieintensiven Industrien, bewältigbar bleiben. Und besonders betroffen sind Arbeitnehmer*innen und Rentner*innen mit geringem Einkommen, auch Alleinerziehende mit Kindern und Erwerbslose, die wir unbedingt schützen müssen. Um die Versorgungssicherheit längerfristig zu gewährleisten, bedarf es auch einer stärkeren Zusammenarbeit in Europa. Die Gewerkschafter und alle unterstützenden politischen Kräfte werden sich dazu mit eigenen Vorschlägen einbringen.

Liebe KollegInnen, wenden wir nun den Blick wieder zurück auf unsere eigenen, hausgemachten Probleme, die es ja auch in unserem mitteleuropäischen politischen Raum in vielfach ungelöster Weise weiter und immer noch gibt.

Was hier im Besonderen Anlass zu Sorgen und ernsten Bedenken gibt, sind politische Bewusstseinsveränderungen und starke politische Strömungen hin zu autoritären Staatsformen und zu Parteien und rechtsnationalistischen Organisationen, die keine Abgrenzungen und Kontakthemmungen mehr gegenüber offen faschistischem Gedankengut zeigen. Bei der französischen Präsidentschaftswahl vor einer Woche sind wir für dieses Mal ja gerade noch mit einem blauen Auge davongekommen. Doch unübersehbar bleibt, dass das rechtsnationalistische Lager dort an Bedeutung und Selbstbewusstsein stark dazugewonnen hat. Dieses Phänomen bleibt indessen überhaupt nicht mehr auf Frankreich beschränkt, das immerhin eines der demokratischen Mutterländer in Europa und der Welt darstellt. Ähnlich verläuft die politisch nach rechts gerückte Großwetterlage z.B. auch in Polen, Ungarn, der Türkei oder der Russischen Föderation. Selbst Italien, Großbritannien und die USA sind nicht frei von solchen Erosionserscheinungen des bürgerlichen Staates mit einer funktionierenden klassischen Gewaltenteilung. Die parlamentarischen Demokratien tun sich zunehmend schwer damit, die ökonomischen Bedürfnisse ihrer Wählermehrheiten zu sichern und damit die politischen Ränder und Aussteiger zu integrieren.

So treiben die neuerlichen Miet- und Energiepreissteigerungen zunehmende Anteile der Gesellschaft in prekäre Lebensbedingungen und grundsicherungspflichtige Armut. Seit Jahrzehnten besteht auch bei uns in Deutschland ein signifikanter Zusammenhang zwischen Einkommens- und Eigentumsstandard einerseits und den jährlichen Einkommenszuwächsen andererseits. Je höher der Besitz und das Einkommen liegen, desto stärker wachsen diese jährlich. Doch für die Mehrheit der mittleren und unteren Einkommen schrumpfen diese, verstärkt durch wachsende Inflationsraten, von Jahr zu Jahr. „Nur dem, der viel hat, dem wird auch viel gegeben!“ So lautet kurz gefasst die Grundregel unserer

Wirtschaftsgesellschaft. Leider haben es auch sozialstaatlich orientierte Regierungen realpolitisch sehr schwer, gegen diese Tendenzen einzuwirken. Bemerkenswert an diesem ungehinderten Wildwuchs ist auch der markante Unterschied zwischen den niedrigen Rohölpreisen am Weltmarkt und den gleichzeitig stark erhöhten Verkaufspreisen von Brennstoffen im Inland!! Wer verdient hier wohl an diesen saftigen Preiserhöhungen???

Es ließe sich die Liste der Beispiele solcher sozial krassen Fehlentwicklungen noch länger fortsetzen. Diese Effekte bestehen bei uns auch schon seit ca. ein bis zwei Jahrzehnten und haben in erster Folge vor allem zu vermehrten Wahlenthaltungen und sinkenden Wahlbeteiligungen geführt. Es ist und war ja nicht so, dass die WählerInnen nichts von diesen sozialpolitischen Fehlentwicklungen am eigenen Leib merken. Irgendwann im neuen Jahrtausend hat sich dieser Passiv-Trend jedoch gedreht und sich in verstärkendem, rechtsradikalem Wahlverhalten gezeigt. Gern wird hierfür die Figur des zwar unzufriedenen, aber im Grunde doch harmlosen Protestwählers genutzt. Aber das wird sich schnell als billige Selbsttäuschung erweisen. Hier muss schon längerfristig und nachhaltiger korrigiert und gegengesteuert werden, und das erfordert unser aller Engagement und Mitdenken!!

Der gesetzliche Mindestlohn, so kompliziert er in seiner jetzigen (wenn auch noch nicht ausreichenden) Mindesthöhe von 12 €/Std auch zu erreichen war, stellte hier einen richtigen Schritt dar.

Ebenso kann ein lange schon fälliges Tariftreue-Gesetz hier in gleicher Weise positiv wirken. Fast alle demokratischen Bundestagsparteien haben jetzt immerhin die Stärkung von Tarifverträgen in ihren Wahlprogrammen thematisiert. Die neue Bundesregierung will Aufträge nur noch an Unternehmen vergeben, die nach einem ausgehandelten Tarifvertrag zahlen. Und selbst die EU-Kommission schlägt in ihrer Richtlinie zu angemessenen Mindestlöhnen vor, dass die Mitgliedsstaaten Aktionspläne zur Stärkung der Tarifbindung vorlegen sollen. – Das ist ein Erfolg der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften für eine faire Arbeitswelt und gerechtere Gesellschaft!

Es bedeutet auch einen, wenn auch noch kleinen, Erfolg im Kampf gegen rechte politische Tendenzen. Wenn der Soziale Rechtsstaat seine Versprechen und Ansprüche nicht mehr einhalten kann, wie sollen dann die Wähler noch an ihn glauben und ihm politisch folgen? An dieser Frage entscheiden sich langfristig auch die Zukunft und die Funktionsweise der offenen parlamentarischen Demokratie: Sie kann auf Dauer nur als funktionierender Sozialstaat mit politisch aufgeklärten, mündigen Bürgern überleben. Darauf lasst uns achten und daran mitwirken, auch wenn der 1. Mai gerade nicht mehr auf dem Kalender steht!!